

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XV
Empfehlenswerte sonstige Literatur	XVII
Einleitung	1
I. Konkretisierung des Themas	1
1. Definition Gewerblicher Rechtsschutz	1
2. Erstreckung auf das Urheberrecht	2
3. Definition Verfahrensrecht	2
4. Ansprüche im gewerblichen Rechtsschutz	2
5. Einbeziehung der materiell-rechtlichen Grundlagen	3
6. Erstreckung auf die Antragsfassung	3
7. Zusammenfassung	3
II. Gang der Darstellung	3
A. Schadensersatzansprüche	5
I. Materiell-rechtliche Grundlagen	5
1. Konkrete Schadensberechnung	5
2. Objektive Schadensberechnung	6
3. Wahlrecht	7
4. Unselbstständiger Auskunftsanspruch	7
5. Rechnungslegung	8
II. Verfahrensfragen	9
III. Exkurs: Selbstständiger Auskunftsanspruch	10
IV. Beispiel für die Formulierung von Annexanträgen	12
V. Zwangsvollstreckung	13
VI. Schlussbemerkung	14
B. Durchsetzung von Unterlassungsansprüchen	17
I. Materiell-rechtliche Grundlagen	17
1. Voraussetzungen des Unterlassungsanspruchs	17
2. Entstehen der Begehungsgefahr	20
3. Wegfall der Begehungsgefahr	21
a) Wiederholungsgefahr	21
b) Erstbegehungsgefahr	23
4. Zeitliche Grenzen des Unterlassungsanspruches	23
a) Verjährung	23
b) Verwirkung	24
II. Abmahnung	24
1. Ziele der Abmahnung	25
a) Verhalten unmittelbar nach Zugang der Abmahnung	25
b) Verhalten in der Zukunft	25

aa) Wiederholungsgefahr	26
bb) Erstbegehungsgefahr	27
2. Definition der Abmahnung	27
3. Inhalt, Form und Wirksamwerden der Abmahnung	28
a) Konkreter Vorwurf	28
b) Anspruchsberechtigung	28
c) Verlangen einer Unterlassungserklärung	29
d) Androhung gerichtlicher Schritte	30
e) Fristsetzung	30
f) Vollmacht	31
g) Form der Abmahnung	32
h) Zugang der Abmahnung	32
i) Schuldnermehrheit	33
j) Missbrauch	33
4. Formen der verlangten Strafbewehrung	34
5. Beispiel für die Formulierung einer Abmahnung	35
6. Berechtigungsanfrage und bloßer Hinweis	37
7. Obliegenheiten nach Eingang einer Unterlassungserklärung	38
a) Annahmebedürftigkeit der Unterlassungserklärung	38
b) Annahmefähigkeit der Unterlassungserklärung	40
8. Drittunterwerfung	41
9. Abmahnung als gesetzliche Empfehlung	44
a) Nachteile der Abmahnung	44
b) Vorteile der Abmahnung	46
10. Kosten der Abmahnung	47
11. Exkurs: Kosten des zu Unrecht Abgemahnten	50
III. Anrufung der Einigungsstelle	50
IV. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	51
1. Einleitung	51
2. Dringlichkeit	53
3. Antragsbefugnis	57
4. Missbräuchliche Antragstellung	60
a) Vorrangiges Gebührenerzielungsinteresse	61
b) Gerichtliche Mehrfachverfolgung	61
c) Weitere Fälle	62
d) forum shopping	63
e) Mehrfachabmahnungen	64
f) Glaubhaftmachungslast und Rechtsfolgen	64
5. Zuständigkeiten	65
a) Internationale Zuständigkeit	67
b) Örtliche Zuständigkeit	68
c) Sachliche Zuständigkeit	69
d) Funktionelle Zuständigkeit	71
e) Eilzuständigkeit des Amtsgerichts	72
6. Fassung des Verfügungsantrags	73

a)	Identische Wiedergabe des Verletzungsfalles im Antrag	76
b)	Über die konkrete Verletzungsform hinausgehende Erweiterung des Antrags	83
aa)	Hinreichende Bestimmtheit des Antrags	83
bb)	Umfang der erlaubten Verallgemeinerung	84
cc)	»Insbesondere« – Antrag	86
7.	Androhung von Ordnungsmitteln	88
8.	Begründung des Antrages	90
9.	Höhe des Gegenstandswertes und dessen Angabe	91
10.	Beispiel für die Formulierung eines Verfügungsantrags	94
V.	Entscheidungen des Gerichts und mögliche Rechtsmittel des Antrag- stellers	98
1.	Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung	99
2.	Entscheidungen nach mündlicher Verhandlung	100
VI.	Verfahrensrechtliche Besonderheiten in der mündlichen Verhandlung	100
VII.	Notwendige Schritte nach Erlass der einstweiligen Verfügung	102
1.	Vollziehung der einstweiligen Verfügung	102
a)	Allgemeines	102
b)	Einzelheiten	103
c)	Schubladenverfügung	105
2.	Anstreben einer endgültigen Regelung	105
a)	Erhebung der Hauptsacheklage	106
b)	Abschlusschreiben	106
c)	Beispiel für ein Abschlusschreiben	106
d)	Hemmung der Verjährung	108
3.	Zusammenfassung der nach Eingang der Eilentscheidung einzu- haltenden Schritte	109
VIII.	Wahl der Verfahrensart	109
C.	Veröffentlichungsbefugnis	113
D.	Anerkennung und Abwehr von Unterlassungsansprüchen	115
I.	Anerkennung des Unterlassungsbegehrens	115
1.	Strafbewehrte Unterlassungserklärung	115
2.	Notariell beurkundete Unterlassungserklärung	117
3.	Akzeptieren einer einstweiligen Verfügung	121
4.	Antwortpflicht des Abgemahnten	121
II.	Anrufung der Einigungsstelle	122
III.	Anstreben eines (Anwalts-) Vergleiches	122
IV.	Gegenwehr des Schuldners (außer Schutzschrift und Widerspruch) . .	125
V.	Schutzschrift	128
1.	Funktion der Schutzschrift	128
2.	Beispiel für eine Schutzschrift	128
3.	Elektronisches Schutzschriftenregister	130
4.	Kosten der Schutzschrift	131

Inhaltsverzeichnis

VI. (Voll-)Widerspruch	133
VII. Kostenwiderspruch und sofortige Unterwerfung	136
VIII. Exkurs: Streitwertbeschwerde	138
IX. Einleitung eines Hauptsacheverfahrens	138
1. Negative Feststellungsklage	138
2. Fristsetzung zur Erhebung der Hauptsacheklage	140
X. Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände	142
1. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	142
2. Fallgestaltungen	143
a) Änderung des Sachverhalts	143
b) Änderung der Gesetzeslage	143
c) Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung	144
d) Verjährung	144
e) Wegfall der Dringlichkeit	144
f) Versäumung der Vollziehungsfrist	144
g) Abgabe einer Unterlassungserklärung	145
h) Urteil im Hauptsacheprozess	145
aa) Entscheidungen zu Gunsten des Antragsgegners	145
bb) Entscheidungen zu Lasten des Antragsgegners	145
XI. Wahlrecht bei mehreren Rechtsbehelfen	146
XII. Abschlusserklärung und abschließende Unterlassungserklärung	147
E. Rechtslage nach Verstößen gegen Unterlassungsverpflichtungen	149
I. Verstoß gegen einen strafbewehrten Unterlassungsvertrag	149
1. Geltendmachung der Vertragsstrafe	149
2. Entstehen einer neuen Wiederholungsfahr	150
II. Verstoß gegen einen vollstreckbaren Titel	150
1. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	151
a) Verstoß gegen das titulierte Verbot	151
b) Verstoß gegen den Kernbereich des Verbotes	152
c) Vollstreckung nach mehrfachen Verstößen	154
d) Vollstreckung gegen mehrere Schuldner	155
e) Verschulden des Schuldners	155
f) Verjährung	156
2. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	156
a) Vollstreckung aus Hauptsacheurteilen und Titeln gem. § 794 ZPO	157
b) Vollstreckung aus einstweiligen Verfügungen	157
3. Besondere Vollstreckungsvoraussetzungen	157
a) Androhung von Ordnungsmitteln	157
b) Sicherheitsleistung	158
4. Verfahren zur Festsetzung von Ordnungsmitteln	158
a) Zuständigkeit	158
b) Anwaltszwang	158
c) Beweisobliegenheiten	158

d) Zeitliche Voraussetzungen	159
aa) Vollstreckung aus einer einstweiligen Verfügung	159
bb) Vollstreckung aus einem Hauptsachetitel	159
e) Auswahl und Umfang der Ordnungsmittel	159
f) Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Landgerichts	160
5. Beispiel für einen Antrag auf Festsetzung von Ordnungsmitteln	161
III. Zusammentreffen von Ordnungsmitteln und Vertragsstrafe	163
IV. Verurteilung zur Sicherheitsleistung wegen zukünftiger Verstöße	164
 Entscheidungsregister	 165
 Stichwortverzeichnis	 169